

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Wedel

Sitzungstermin:	Donnerstag, 25.06.2020
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:45 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Michael Schernikau CDU

Mitglieder

Kay Burmester CDU

Julian Fresch CDU

Christian Fuchs CDU

Jörg Keller CDU

Michael C. Kissig CDU

Peter Kramer CDU

Jan Lüchau CDU

Christoph Matthiessen CDU

Stephan Schwartz CDU

Meltem Adal SPD

Lothar Barop SPD

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Heidi Keck SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Claudia Wittburg SPD

Aysen Ciker Bündnis 90 / Die Grünen

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Kärger Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Ralf Sonntag Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Olaf Wuttke Bündnis 90 / Die Grünen

Renate Koschorrek FDP

Nina Schilling FDP

Martin Schumacher FDP

Andrea Spangenberg FDP

Angela Drewes WSI

Gudrun Nagel WSI

René Penz WSI

Andreas Schnieber WSI

Patrick Eichberger DIE LINKE

Bastian Sue	DIE LINKE	
Dennis Lobeck	Fraktionslos	
Gabriele Ulm	Fraktionslos	
<u>Umweltbeirat</u>		
Michael Koehn	Umweltbeirat	Vertretung für: Bianka Sievers
<u>Jugendbeirat</u>		
Vivian Müller	Jugendbeirat	
<u>Verwaltung</u>		
Rolf Jagemann		
Niels Schmidt	Bürgermeister	
Volkmar Scholz		
Gisela Sinz		
Niklas Viehmann		
Ralf Waßmann		

Abwesend

<u>Mitglieder</u>		
Herbert Thomascheski	CDU	entschuldigt
Dr. Detlef Murphy	DIE LINKE	entschuldigt
<u>Umweltbeirat</u>		
Bianka Sievers	Umweltbeirat	entschuldigt
<u>Jugendbeirat</u>		
Anton Gotzes	Jugendbeirat	entschuldigt
<u>Seniorenbeirat</u>		
Maike Harder	Seniorenbeirat	entschuldigt
Bruno Helms	Seniorenbeirat	entschuldigt
<u>Verwaltung</u>		
Jörg Amelung		entschuldigt

Gäste:

5 Einwohner*innen
1 Vertreter der örtlichen Presse

Der Vorsitzende Herr Schernikau begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums durch Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung.

Der Antrag zu TOP 4.1 wird zurückgezogen. TOP 4.2 bleibt auf der Tagesordnung. Es liegt eine Tischvorlage vor, die eine Anträge zu TOP 5, eine Antwort zu einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE sowie eine Anfrage der SPD, die jeweils unter TOP 9.3 behandelt werden.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig die vorliegende Tagesordnung und den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 10 - 11.3.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:



Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 2 Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der Ratssitzung vom 28.05.2020
- 3 Nachbesetzung von Gremien
- 3.1 Antrag SPD Gremiennachbesetzung ANT/2020/008
- 4 Kraftwerk Wedel
- 4.1 ~~Gemeinsamer Antrag der Fraktionen zum Kraftwerk Wedel~~ ANT/2020/009
- 4.2 Stellungnahme Stadt Hamburg Kohleheizkraftwerk
- 5 Neubau städtischer Wohnunterkünfte BV/2020/035-1
- 5.1 Antrag CDU zur Ratssitzung 25.06.2020 TOP 5 Neubau städtischer Wohnunterkünfte ANT/2020/010
- 5.2 Antrag Bündnis 90 / Die Grünen Wohnunterkunft Bullenseedamm ANT/2020/011
- 6 Kita Fahrenkamp
Neuer Träger BV/2020/031
- 7 Satzung der Stadt Wedel zum Schutz des Baumbestandes
(Baumschutzsatzung)
Abwägung und Beschlussfassung BV/2020/032
- 8 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wedel BV/2020/034-1
- 9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 9.1 Bericht der Verwaltung
- 9.2 Anfrage SPD; Possehl Gelände ANF/2020/002
- 9.3 Öffentliche Anfragen
- 9.3.1 Anfrage DIE LINKE soziale Infrastrukturfolgekosten ANF/2020/003
- 9.3.2 Anfrage SPD Bildungssystem ANF/2020/004

Nichtöffentlicher Teil

- 10 Protokollgenehmigung, hier: Sonderprotokoll der Ratssitzung vom 28.05.2020
- 11 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 11.1 Spendeneinnahmen Stadt Wedel 2019 MV/2020/051
- 11.2 Bericht der Verwaltung
- 11.3 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil



12 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Herr Schmidt berichtet in Bezug auf die Nachfrage einer Bürgerin aus der letzten Sitzung zu der Situation in den Pflegeheimen, dass diese Besuchskonzepte mit einem besonderen Maß an Hygiene- und Infektionsschutz haben. Herr Schmidt habe die Infos aus der vorangegangenen Sitzung weitergegeben und die Heimaufsicht nach weiteren Möglichkeiten angefragt.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

1.

Der erste Fragesteller ist Herr Robben. Er beschreibt eine Verkehrsachse, die durch den Norden Wedels führe und die vorzüglich für Fahrradfahrer und Fußgänger ausgebaut sei. Diese kreuze in einigen Punkten die Fahrbahnen für die Kraftfahrzeuge. Er fragt, ob es Pläne oder Überlegungen für die Überführungen gäbe.

Herr Schernikau antwortet, dass die Kreuzung des Weges mit der Pinneberger Straße bereits seit Jahren ein Thema im Planungsausschuss sei. Herr Schmidt bietet Herrn Robben an, dass ein Termin dazu mit ihm vereinbart werden kann.

2.

Herr Pflüger habe in den Medien entdeckt, dass der Flutschutz auf 7,41m erhöht werden solle. Er fragt, in welchem Abschnitt dies erfolge.

Herr Schmidt erläutert, dass sich die Angabe auf das Hotelprojekt beziehe und derzeit keine Veränderung der bestehenden Anlagen der Stadt vorgesehen sei. Das Hotel werde eine höhere Flutschutzanlage errichten.

3.

Herr Martens fragt, welche Lösungen es in der Baumschutzsatzung für Einzelfälle gebe. Herr Schernikau und Herr Hagendorf erklären, dass die Baumschutzsatzung generelle Regelungen treffe und nicht auf Einzelfälle abgestimmt sei. In der heutigen Sitzung werde der Beschluss über die Satzung getroffen. Ein Widerspruch durch die Bürger wäre im Rahmen eines Normkontrollverfahrens möglich. Von Herrn Martens angesprochene Einzelfälle werden im konkreten Falle von der Verwaltung geprüft.

2 Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der Ratssitzung vom 28.05.2020

Beschluss: Das Protokoll der Sitzung vom 28.05.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

32 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltung

3 Nachbesetzung von Gremien

3.1 Antrag SPD Gremiennachbesetzung**ANT/2020/008**

Frau Jacobs-Emeis stellt den SPD -Umbesetzungsantrag vor.

Beschluss:

Der Rat beschließt die folgende Umbesetzung:

Planungsausschuss

Neu 1. Stellvertreter Rüdiger Fölske
2. Stellvertreter Wolfgang Rüdiger

Alt 1. Stellvertreter Claus-Harald Güster
2. Stellvertreter Dieter Schütt

Sozialausschuss

Neu 3. Stellvertreter Claudia Wittburg

Alt 3. Stellvertreter Claus-Harald Güster

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

4 Kraftwerk Wedel

4.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen zum Kraftwerk Wedel

ANT/2020/009

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

4.2 Stellungnahme Stadt Hamburg Kohleheizkraftwerk

Frau Kärgel stellt fest, dass ein Vergleich vorläge, in dem ein Zusammenhang der (Lack-) Schäden mit den Partikelemissionen durch ein Gutachten festgestellt wurde.

Auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Hamburger Senat wurde geantwortet, dass bereits 2017 alles getan wurde und nun keine Investitionen mehr getätigt werden. Jedoch seien seit April 51 Schäden und Partikelemissionen nachweislich dokumentiert worden.

In dieser Stellungnahme werde der Stadt Wedel nicht die Wahrheit mitgeteilt. Die Stellungnahme sei unbefriedigend und die Situation in Wedel werde nicht ernst genommen.

Herr Sue ist ähnlicher Auffassung. Im November habe DIE LINKE in Hamburg beantragt das Kraftwerk im Sommer abzuschalten, jedoch solle dies abgelehnt worden sein, um Gewinne für eine Baumaßnahme zu erwirtschaften.

Auch Herr Barop ist unzufrieden mit dem Schreiben. Es werden die möglichen Gesundheitsschäden verharmlost.

Eine Stellungnahme der Stadt werde es nicht geben.

Die Mitteilung wird vom Rat zur Kenntnis genommen.

5 Neubau städtischer Wohnunterkünfte

BV/2020/035-1

Herr Fresch stellt die Vorlage inklusiver der Änderungen des Sozialausschusses vor.

Die CDU bringt einen Änderungsantrag ein. Der ursprüngliche Punkt 5. des Antrages soll wiederaufgenommen werden. Im Sozialausschuss wurde der von der Verwaltung vorgeschlagene Punkt 5 gestrichen. In der Begründung der ablehnenden Fraktionen käme es zu dem Eindruck, dass sich die Verwaltung damit eine Art „Freifahrtschein“ gebe. Dies sei jedoch nicht der Fall, die abschließende Entscheidungsgewalt liege bei der Politik.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellen den Änderungsantrag, dass im Punkt 2 keine Erweiterung des Bullenseedammes vorgenommen werde. Die Wohnunterkunft im Bullenseedamm liege in einem Außengebiet, wofür durch das Baurecht strenge Regelungen vorlä-

gen. Eine Verdoppelung der Wohneinheiten widerspreche aus Sicht der Grünen dem § 35 BauGB. Die vorhandene Unterkunft solle dort belassen aber nicht erweitert werden. Beim Haidehof sei die Stadt in Bezug auf die Bebauung sehr pingelig. Es wäre nun ein fatales Bild, wenn die Stadt sich selbst eine Zusatzbebauung genehmige. Eine Umzugskette sei dennoch möglich. Eine Durchmischung fände nicht statt, wenn dort eine einzelne Gruppe angesiedelt werde.

Frau Sinz und Herr Schmidt erläutern, dass die Stadt nach der rechtlichen Einschätzung bewerte. Beim Bullenseedamm läge eine Ausnahme nach § 35 Abs. 2 BauGB vor. Bei dem Parkplatz an der Schrebergarten Kolonie Corsland und bei dem Haidehof läge eine Beeinträchtigung eines öffentlichen Belanges nach Abs. 3 vor.

Herr Wuttke wünscht sich hierzu eine rechtsfeste Auskunft. Herr Schernikau erläutert, dass im Planungsausschuss über die planungsrechtlichen Grundsätze gesprochen werde.

Die SPD stellt den Änderungsantrag, dass der Punkt 4 gestrichen werde, da bereits in der letzten Ratssitzung ein entsprechender Beschluss gefasst wurde.

Herr Fresch für die CDU erläutert, dass die CDU die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD ablehnt. 2015 habe sich die Rechtslage verändert. Die Grünen hätten 2015 der Unterkunft am Bullenseedamm zugestimmt, ebenso der Erweiterung um 8 Plätze. Für die Umzugskette seien nicht genügend Plätze vorhanden, daher werde die Erweiterung am Bullenseedamm benötigt.

Bezüglich der Unterkunft am Steinberg führt Herr Fresch aus, dass der in der letzten Sitzung gefasste Beschluss materiell ein anderer sei, als der heute vorliegende Beschlussvorschlag. In dem heutigen Beschluss gehe es um einen Neubau sowie den Abriss und den Neubau des vorhandenen Gebäudes. Beschlossen wurde in der letzten Sitzung lediglich der Neubau.

Die CDU lehnt die Verwaltungsempfehlung ab. An diesem Standort könnten über 67 Personen untergebracht werden. Eine gewollte Verteilung fände durch diese Ballung hier nicht statt. Frau Koschorrek ergänzt, dass die Wohnunterkunft Am Redder mit ca. 20 Plätzen direkt in der Nähe sei, somit wären ungefähr 90 Plätze zusammengeballt.

Frau Nagel gehe davon aus, dass die Verwaltung die rechtliche Zulässigkeit am Bullenseedamm geprüft habe und kritisiert das Vorgehen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

Frau Keck erläutert die Position der SPD. Diese war immer dafür, dass es zu keiner Erweiterung der Unterkunft am Bullenseedamm komme. Im damaligen Beschluss wurde dies als Kompromiss hingenommen. Die CDU habe dann eine Kehrtwende auf die Erweiterung um 16 Plätze gemacht, daher halte die SPD nicht mehr an dem Kompromiss fest. Die Unterkunft am Steinberg 8a sei bereits zweimal beschlossen worden und es wurde immer noch nicht gestartet.

Für Herrn Eichberger sei der Antrag der CDU obsolet. Der Punkt 5 der Vorlage werde nicht benötigt. Dem SPD Antrag werde DIE LINKE zustimmen. Die Auffassung des Grünen Antrages werde nicht geteilt, daher enthält sich die LINKE bei diesem Antrag.

Auf Nachfrage von Herrn Schnieber, ob der Beschluss aus dem Mai bezüglich des Steinberges für eine Realisierung beider Gebäudeteile ausreiche oder ein weiterer Beschluss für den zweiten Teil benötigt werde, erläutert Herr Schmidt, dass die vorliegende Vorlage der Klarstellung diene und den Willen des Rates widerspiegle. Der Beschluss im Mai umfasse beide Gebäudeteile, den Abriss und Neubau und den Neubau.

Herr Sue stellt den Änderungsantrag, die Wohnunterkunft am Bullenseedamm um 8 Plätze zu erweitern.



Nach einer fünfminütigen Sitzungsunterbrechung wird in Einzelabstimmung über die Punkte der Vorlage und über die Änderungsanträge abgestimmt:

Punkt 1:

Der Abriss und Neubau der Wohnunterkunft in der Schulauer Straße wird einstimmig beschlossen.

Punkt 2:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen- Am Bullenseedamm wird es keine Erweiterung der bereits bestehenden Wohnunterkunft geben- wird mit 14 Ja / 19 Nein / 3 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE - Erweiterung der Wohnunterkunft am Bullenseedamm um 8 Plätze- wird mit 9 Ja / 25 Nein / 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag - Erweiterung der Wohnunterkunft am Bullenseedamm um 16 Plätze- wird mit 21 Ja / 14 Nein / 1 Enthaltung beschlossen.

Punkt 3:

Der Neubau der Wohnunterkunft in der Heinestraße wird mit 25 Ja / 11 Nein beschlossen.

Punkt 4:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen - Streichung des Punktes, da bereits in der letzten Sitzung ein Beschluss über diese Wohnunterkunft gefasst wurde- wird mit 18 Ja / 16 Nein / 2 Enthaltungen angenommen.

Punkt 5 (alte Fassung):

Antrag der CDU - zur Wiederaufnahme des im Sozialausschuss gestrichenen Punktes 5- wird mit 16 Ja / 20 Nein abgelehnt.

Punkt 6

Die Umwidmung der im Bedarfsfall in diesem Jahr benötigten Mittel aus den im entsprechenden Budget zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln wird einstimmig beschlossen.

Beschluss:

- 1. Der Rat der Stadt Wedel beschließt
den Abriss und den Neubau der Wohnunterkunft in der Schulauer Straße.**
- 2. Der Rat der Stadt Wedel beschließt
den Erweiterungsbau der bereits bestehenden Wohnunterkunft am Bullenseedamm um 16 Plätze.**
- 3. Der Rat der Stadt Wedel beschließt
den Neubau einer Wohnunterkunft in der Heinestraße (Parkplatz).**
- 4. Der Rat der Stadt Wedel beschließt,
dass die in diesem Jahr benötigten Mittel im Bedarfsfall aus den im entsprechenden Budget bereits zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln umgewidmet werden.**



-
- 5.1 Antrag CDU zur Ratssitzung 25.06.2020 TOP 5 Neubau städtischer Wohnunterkünfte** **ANT/2020/010**
Siehe TOP 5
-

- 5.2 Antrag Bündnis 90 / Die Grünen Wohnunterkunft Bullenseedamm** **ANT/2020/011**
Siehe TOP 5
-

- 6 Kita Fahrenkamp** **BV/2020/031**
Neuer Träger
Herr Barop bringt die Vorlage ein.

Für Herrn Schnieber sei die Unterlage der Verwaltung zu dünn, er habe zu wenig Informationen über den Träger.

Herr Schmidt entgegnet darauf, dass die Verwaltung den Träger bisher auch nicht kenne, dieser jedoch einen soliden Eindruck gemacht habe und sehr überzeugend sei. Der Ausschuss hat seine Empfehlung dafür gegeben.

Frau Kärigel freut sich über die schnelle Lösung der Verwaltung. Sie habe sich mit dem Träger in Verbindung setzen können. Er mache einen guten Eindruck und biete ein anderes Angebot als andere Träger.

Die SPD bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Umsetzung. Dennoch seien noch 300 Kinder auf der Warteliste. Bei diesem Thema solle weiter am Ball geblieben werden.

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Träger la petite maison GmbH zum 01.07.2020 mit der Trägerschaft einer Kindertagesstätte Fahrenkamp 41, 22880 Wedel, mit 1 Krippen- (10 Kinder) und 2 Elementargruppen (20/15 Kinder) zu betrauen.

Die notwendigen Personal- und Sachkosten für den Betrieb der Einrichtung werden auskömmlich auf der Basis der aktuellen Grundlagen der Förderungsgrundsätze finanziert, ab dem 01.08.2020 mit der teilweisen Umsetzung der Kita-Reform defizitär auf der Basis des nachzuweisenden erforderlichen Aufwands.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

- 7 Satzung der Stadt Wedel zum Schutz des Baumbestandes (Baumschutzsatzung)** **BV/2020/032**
Abwägung und Beschlussfassung

Herr Hagendorf stellt die Vorlage vor. Es wurden im Ausschuss verschiedene Varianten diskutiert. Die vorliegende Satzung ist die Empfehlung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehreausschusses. Mit dieser Satzung werde eine umfangreiche Anzahl an Bäumen ab 60 cm Stammumfang geschützt.

Herr Sonntag erläutert, dass die Grünen zustimmen werden. Hecken und Sträucher fielen nicht unter den Schutzbereich der Satzung, da dort rechtliche Bedenken vorgebracht wurden. Die vorliegende Satzung liefere einen wichtigen Beitrag zum Umwelt-, Klima- und Tierschutz.

Die SPD stimme ebenfalls zu. Es werden viele Baumarten geschützt, ähnlich wie bei der Stadt Hamburg, die Satzung kollidiere nicht mit der gewerblichen Nutzung von Obstbäumen und die Hecken und Sträuchern wurden nach einer rechtlichen Prüfung nicht mit in der Satzung aufgenommen.

Die FDP lehnt die Satzung ab. Sie sehe keine zusätzliche Eingriffsnotwendigkeit in das Eigentum der Menschen, da ihr Eindruck sei, dass die Grundstücksbesitzer sensibel und verantwortungsbewusst mit dem Baumbestand umgehen. Lebensqualität als Abwägungskriterium fehle in der Satzung. Es werde sich intensiv auf das strategische Oberziel Umwelt- und Klimaschutz berufen. Dabei sei die Stadt diejenige, die die meisten Eingriffe verursacht oder erlaubt durch die stärkere innerstädtische Verdichtung und die damit verbundene Vernichtung von innerstädtischem Grün in den ehemaligen Hintergärten.

Solange die Stadt dort, wo sie das Sagen und die alleinige Verantwortung habe, nicht offensiver wird und dokumentiert, dass sie die eigenen Ziele ernst nimmt, solange sollte sie die Grundeigentümer möglichst unbehelligt lassen.

DIE LINKE stimmt der Baumschutzsatzung zu. Einzelentscheidungen seien möglich und die Antragsteller werden bei der vorher defizitären Ersatzbepflanzung stärker zur Kasse gebeten.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB) und der Öffentlichkeit abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung werden berücksichtigt, teilweise berücksichtigt oder nicht berücksichtigt,
2. der anliegende Entwurf der Satzung, bestehend aus dem Plan zum Geltungsbereich und dem Text der Satzung, wird als Satzung beschlossen,
3. die im Rahmen der Abwägung erfolgte Begründung wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja / 14 Nein / 1 Enthaltung

8 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wedel

BV/2020/034-1

Herr Kissig bringt diese Vorlage ein. Der Entwurf der neuen Geschäftsordnung basierte auf einem Ratsbeschluss und dient der Umsetzung der beschlossenen Einführung einer neuen Art der Protokollführung.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat entgegen des Ratsbeschlusses im November eine Änderung vorgenommen und die ursprüngliche Art der Protokollführung empfohlen.

Aufgrund des Empfehlungsbeschlusses des HFA sind gegebenenfalls noch einige weitere Änderungen notwendig.

Herr Schmidt macht von seinem Antragsrecht Gebrauch und beantragt, dass der § 32 Abs. 2 Ziffer 6 in den ursprünglichen Verwaltungsvorschlag zurückgeändert werde.

Herr Sue führt aus, dass ein strategisches Ziel die Transparenz sei. Die Protokolle dienen als Informationsquelle und stellen ein Stück Stadtgeschichte dar. Dies würde mit der neuen Protokollführung wegfallen. Daher lehnt DIE LINKE den Änderungsantrag des Bürgermeisters ab.

Die SPD stimmt der HFA-Empfehlung zu und lehnt den Antrag des Bürgermeisters ab.

Die Grünen sind gegen die Einführung kürzerer Protokolle. Dadurch würde die politische Arbeit erschwert werden, Zitate aus den Protokollen seien dann nicht mehr möglich und die Transparenz der politischen Arbeit leide unter der neuen Art der Protokollführung.

Herr Kissig erläutert, dass es ein Konzept zur Einführung eines zentralen Sitzungsdienstes gebe. Es wurde sich mehrheitlich für die Einführung von Beschluss- bzw. Ergebnisprotokollen entschieden. Für die Erstellung der umfangreichen Protokolle sei Fachwissen notwendig. Durch reine Beschlussprotokolle seien Einsparungen möglich und zudem könne ein zentraler Sitzungsdienst eingeführt werden. Allerdings ginge die Transparenz verloren.

Die vorgebrachten Argumente bezüglich der Erschwerung der politischen Arbeit hält Herr Kissig für vorgeschoben. In der Sitzung des Ältestenrates hätten mehrere Fraktionsvorsitzende über Informationen gesprochen, die sie von ihren Fraktionskollegen aus den Ausschusssitzungen erhalten haben. Eine Informationsweitergabe erfolgt ohnehin intern durch die Fraktionen.

Die CDU stimmt dem Vorschlag des Bürgermeisters zu.

Frau Koschorrek gibt den Hinweis, dass in dieser Abstimmung das Abstimmungsverhalten der FDP anders sein wird, als noch in der Novembersitzung.

Der Änderungsantrag des Bürgermeisters zur Wiederaufnahme des § 32 Abs. 2 Nr. 6 f und g wird mit 15 Ja / 19 Nein / 1 Enthaltung bei Abwesenheit von Herrn Matthiessen abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die in der Anlage beigefügte Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wedel.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Abwesenheit eines Ratsmitgliedes.

9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

9.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

9.2 Anfrage SPD; Possehl Gelände

ANF/2020/002

Frau Wittburg präsentiert diese Anfrage.

Herr Schmidt erklärt, dass eine Verpflichtung des Eigentümers nur mit einer Rechtsgrundlage möglich sei. Es wurde Kontakt zu dem Eigentümer aufgenommen, es sei aber nur ein begrenzter Verkaufswille vorhanden. Die Stadt wünscht und erwartet, dass sich der Eigentümer für ein planungsrechtliches Gewerbegebiet öffnet und hält an der Ausweisung als Gewerbegebiet fest.

Das Grundstück wurde am 02.06.2020 begangen und sei umzäunt und verschlossen vorgefunden worden.

9.3 Öffentliche Anfragen

Frau Koschorrek berichtet, dass der Steinberg zur Rennstrecke geworden sei. Die Strecke sei der Schulweg für viele Kinder, es gäbe jedoch keinen Radweg auf der langen Strecke.

Herr Schmidt sagt zu, dass es dort verdeckte Geschwindigkeitsmessungen geben werde. Sollte sich der Verdacht bestätigen, würden echte Messungen mit der Polizei und dem Kreis durchgeführt werden.

Frau Keck bittet um Anbringung von Hinweisen zur besseren Führung der Radfahrer an der Baustelle am Marienhof.

Herr Schmidt berichtet, dass die Situation überprüft wurde, jedoch kein Handlungsbedarf gesehen wurde. Die zuständige Mitarbeiterin werde Kontakt mit Frau Keck aufnehmen, um die Situation zu klären.

Herr Wuttke nimmt Bezug auf die Beantwortung einer Anfrage der Grünen aus dem April zum Thema 5G, die dem letzten Ratsprotokoll beigefügt wurde. Im zweiten Halbjahr sollte sich mit dem Thema beschäftigt werden. Die Telekom habe sich von der Stadt Berlin eine fünf Kilometer lange Teststrecke zur Verfügung stellen lassen. Aufgrund der kurzen Reichweite werden 71 Masten auf dieser Strecke benötigt. Somit müsste alle 70 Meter ein solcher Sendemast aufgestellt werden. Bis 2024 sollen sämtliche Bundesstraßen in Deutschland mit der 5G Technik ausgestattet werden. Dies hätte erhebliche Einwirkungen auf das Stadtbild. Die Politik solle beteiligt werden und müsse sich für das Thema sensibilisieren.

9.3. Anfrage DIE LINKE soziale Infrastrukturfolgekosten

ANF/2020/003

1

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Anfrage SPD Bildungssystem

ANF/2020/004

2

Herr Fölske verliest die Anfrage, die als Tischvorlage vorgelegt wurde.

Aufgrund der späten Einreichung und der umfangreichen Fragen kann hierzu noch keine Antwort gegeben werden. Zudem können einige der Fragen nicht seriös von dem Schulträger beantwortet werden. Die Anfrage soll an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport verwiesen werden.

Für Herrn Fölske sei die Verweisung an den BKS in Ordnung. Die Antworten auf die Fragen, die der Schulträger nicht beantworten kann, könnten von den verantwortlichen Stellen abgefragt werden.

Frau Schilling weist daraufhin, dass bereits vor fünf Wochen über das Thema im BKS gesprochen wurde.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

12 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her. In nichtöffentlicher Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst, daher entfällt die Unterrichtung der Öffentlichkeit.

Anschließend bedankt sich Herr Schernikau bei den Anwesenden, verabschiedet den Rat in die Sommerpause und schließt die Sitzung um 21:45 Uhr.

Vorsitz:

Gez. Michael Schernikau

Michael Schernikau

Protokollführung:

Gez. Niklas Viehmann

Niklas Viehmann
